



Der Ministerin den Weg gewiesen: Ursula von der Leyen auf dem Luftwaffenstützpunkt im jordanischen Al-Asrak.

Michael Kappeler (2)

Gekommen, um zu bleiben

„Stabilitätsanker in der Region“: Verteidigungsministerin besucht Bundeswehr in Jordanien

VON NICO POINTNER

AL-ASRAK. Nach langem Zoff mit der Türkei ist die Bundeswehr für viel Geld und Mühe nach Jordanien gezogen. Auch wenn der Feind so gut wie besiegt ist: Ein Abzug ist nicht in Sicht.

Ursula von der Leyen steht zwischen einem Tornado und einem riesigen Tankflugzeug der Bundeswehr. Sie schüttelt den Piloten lächelnd die Hand, stellt Fragen, lässt sich von den Soldaten informieren. Eigentlich hatte die Verteidigungsministerin bereits im November mit Parlamentsabgeordneten nach Jordanien fliegen wollen. Doch damals sollte ein Jamaika-Bündnis geschmiedet werden, die CDU-Politikerin wurde in Berlin gebraucht. So flog sie nach dem Sondierungsmarathon von Union und SPD über das Wochenende nach Al-Asrak. Viele

Verbündete führen von hier aus den Kampf gegen die Terrormiliz Islamischer Staat. Die Tornados aus Deutschland machen Bilder, um IS-Ziele zu bombardieren.

Von der Leyens Antrittsbesuch bei der Truppe in Al-Asrak ist politisch aufgeladen. Schließlich ist die Bundeswehr nur wegen des monatelangen Streits mit der Türkei in dem Königreich stationiert. Bis Sommer vergangenen Jahres halfen die deutschen Soldaten noch vom türkischen Incirlik aus im Kampf gegen den IS. Doch die Türkei hatte deutschen Parlamentariern immer wieder Besuche bei den Soldaten verweigert. Der Bundestag pocht aber auf sein Besuchsrecht bei den Soldaten im Ausland.

So mussten Unmengen an technischem Gerät per Schiff und Flugzeug nach Jordanien gebracht werden, 200 Container in zwölf Wochen. Kos-

ten: sieben Millionen Euro. Der Aufwand war vielleicht politisch unausweichlich, militärisch sinnvoll war er nicht. Der deutsche Aufklärungseinsatz musste zwei Monate unterbrochen werden, noch immer baut die Bundeswehr Straßen und Gebäude auf dem Stützpunkt.

Aber dafür sind die Abgeordneten nun endlich bei ihren Soldaten. Was lange währt, wird endlich gut? Nur bedingt. Denn nun, da die Bundeswehr sich eingerichtet hat in Jordanien, steht die militärische Sinnhaftigkeit des ganzen Beitrages im Kampf gegen den IS infrage: Die Terrormiliz ist in Syrien und im Irak in der Fläche besiegt.

Was also wird aus dem Anti-IS-Einsatz? Die Sondierer von Union und SPD wollen die Obergrenze des Mandats „deutlich“ absenken. Es geht nun um den Aufbau staatlicher Strukturen, um Stabilisierung. Von der Leyen steht

auch hinter diesen Plänen. So schwört sie die Truppe auf einen langwierigen Kampf gegen den Islamismus ein – und auf eine dauerhafte Präsenz in der Region. Man müsse verhindern, dass der IS sich in Rückzugsorten einniste, sagt von der Leyen. „Mir ist wichtig, dass Deutschland da versichert, wir sind verlässlich.“

Sie übergab gestern in Amman Dutzende Laster, Kleinbusse sowie zwei Flugzeuge an die jordanischen Sicherheitskräfte. Jordanien sei Stabilitätsanker in der Region, den man stützen müsse, sagt von der Leyen. Aber wie viele Soldaten in Jordanien bleiben und was sie dort tun werden, darüber werde man im Parlament und mit Verbündeten reden müssen, sagt von der Leyen.

„Wir werden das Mandat weiterentwickeln und uns stärker auf die Entwicklung der Fähigkeiten und

Ausrüstungshilfe Jordaniens konzentrieren“, sagt auch der mitgereiste verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, der Celler Abgeordnete Henning Otte. „So schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass die Menschen nicht aus ihrer Heimat fliehen müssen und dorthin hoffentlich sogar zurückkehren können.“

Der Linken-Politiker Alexander Neu wittert darin Großmachtstreben der Bundespolitik. „Ich habe den Eindruck, dass man sich festsetzen möchte“, sagt er. „Dabei hat sich das Mandat als solches erledigt.“

Der Tornado-Einsatz läuft vorerst unverändert weiter, weil der Bundestag ihn wegen der Wackelpartie bei der Regierungsbildung erst um drei Monate verlängert hat. Aber im Frühjahr müssen sich die Abgeordneten dann mit der Zukunft der Mission befassen.

MEINUNG

Zweifelhafte Mission

VON MARCUS SAUER

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen hat recht: Jordanien ist ein Stabilitätsanker in einer gefährlichen Region. Deutschland hat allen Grund, das Land, das bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien an seine Grenzen und zum Teil darüber hinausgegangen ist, zu unterstützen. König Abdullah ist eine Stimme der Vernunft und ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Terrorismus, Hass und Extremismus. Es ist vernünftig, ihn auch militärisch zu unterstützen.

Allerdings: Die Aufklärungsmission wird mehr und mehr zu einem symbolischen Beitrag der Bundesrepublik im Kampf gegen den Terror. Dafür aber ist der Preis zu hoch, zu dem auch die Strapazen zählen, die den Soldaten in Hitze und Staub abverlangt werden. Als der „Islamische Staat“ noch über ein zusammenhängendes Territorium und Kampfverbände verfügte, waren die gestochenen scharfen

Bilder, die die Deutschen den Verbündeten zur Verfügung stellen, militärisch wertvoll und begehrt. Das jedoch hat sich geändert. Mittlerweile sind nur noch vereinzelt Dschihadisten unterwegs, viele tarnen sich als Beduinen. Um sie zu entdecken und zu jagen, sind die Tornado-Bilder, die den Alliierten erst nach Stunden zur Verfügung stehen, wenn sich die Lage am Boden schon komplett geändert haben kann, wertlos.

Der Einsatz sollte also rasch auf den Prüfstand gestellt werden. Deutschland muss weiterhin seiner Verantwortung für die kollektive Sicherheit gerecht werden und sich am Krieg gegen den Terror beteiligen. Allerdings mit Beiträgen, die wirklich benötigt werden. Der jetzige Zustand wirkt sich demotivierend auf die Truppe aus. Denn die Soldaten wissen, dass ihre ausländischen Kameraden lieber deutsche Piloten in Kampf- statt in Aufklärungseinsätzen hätten.



Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen gestern mit dem jordanischen König Abdullah II. bin al-Hussein (rechts) in Amman. Ganz links der Celler Abgeordnete Henning Otte.